

Antrag

der Abgeordneten Klaus Ernst, Jutta Krellmann, Susanna Karawanskij, Thomas Lutze, Thomas Nord, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.

Sicherung der Arbeitsplätze in der europäischen Stahlindustrie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche und europäische Stahlindustrie sehen sich durch die „Dumping-Konkurrenz“ aus China unter Druck. Millionen Arbeitsplätze sind gefährdet. Die deutsche Stahlindustrie hat eine überragende Bedeutung in der Wertschöpfungskette in Deutschland und damit auch für die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie sowie in der Wirtschaft insgesamt. Diese Bedeutung reicht dabei laut einer aktuellen Prognose-Studie noch über diejenige in anderen Industriestaaten hinaus (vgl. Prognos, Volkswirtschaftliche Folgen einer Schwächung der Stahlindustrie in Deutschland, 26.02.2016, www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/20160331_Prognos_WVStahl_Gutachten_Final_01.pdf). Die IG Metall warnt vor einem massiven Arbeitsplatzabbau in der Branche (vgl. Informationsblatt der IGM zur Aktionswoche „Stahl ist Zukunft“ vom 25. Januar 2016, <https://www.igmetall.de/aktionswoche-stahl-ist-zukunft-18337.htm>). Damit stünde auch das Vorzeige-Modell der in der Montan-Industrie historisch gewachsenen Mitbestimmung auf dem Spiel.

Eine Ursache für den gestiegenen Wettbewerbsdruck ist die weltweit gesunkene Nachfrage nach Stahl. So ist im vergangenen Jahr nach Angaben der World Steel Association die weltweite Nachfrage nach Stahl um 3,5 Prozent gesunken. Für 2016 wird ein weiteres Minus vorhergesagt. Erst 2017 soll die weltweite Nachfrage nach Stahl wieder marginal steigen (vgl. World Steel Association, Worldsteel Short Range Outlook 2016-2017 vom 13. April 2016, www.worldsteel.org/media-centre/press-releases/2016/worldsteel-Short-Range-Outlook-2016-2017.html).

Die Stahlkrise wurde nicht durch klimapolitische Instrumente verursacht.

Für die Situation des Stahlsektors ist die weltweite Konjunktur, aber auch die Politik mitverantwortlich. Die Bundesrepublik Deutschland ist als weltweit fünftgrößte Volkswirtschaft einer der wichtigsten Nachfrager. Mit ihrer Politik der „schwarzen Null“ hat die Bundesregierung milliardenschwere Investitionsrückstände in der deutschen Infrastruktur verursacht und damit auch die Konjunktur insgesamt geschwächt. Höhere staatliche Investitionen würden zweifellos auch die Nachfrage nach Stahl und damit die Auslastung in der deutschen Stahlindustrie positiv beeinflussen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Belastung der Stahlindustrie durch Einfuhren, deren Preise durch staatliche Eingriffe gesenkt werden – wie es China vorgeworfen wird –, zu prüfen und für einen fairen Wettbewerb auch durch Schutzzölle zu sorgen,
2. dafür zu sorgen, dass in der gegenwärtigen Lage die Wettbewerbsposition der deutschen und europäischen Stahlindustrie nicht durch staatliche Maßnahmen verschlechtert wird,
3. für angemessene Qualitätsstandards bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu sorgen und damit einen fairen Wettbewerb auch auf dem Stahlmarkt zu stärken und
4. deutlich stärker als bislang angekündigt in den Ausbau und Erhalt der öffentlichen Infrastruktur zu investieren, um die in den vergangenen Jahren aufgelaufene Investitionslücke zu füllen und auch auf diesem Wege die Nachfrage nach Stahl wieder zu erhöhen.

Berlin, den 26. April 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion